

„Das übliche Prozedere“

**Hausverbote, Polizeieinsätze und
Protestaktionen
im Jobcenter Köln Kalk 2011/2012**



Das übliche Prozedere – Wiederholter Polizeieinsatz im Jobcenter Köln-Kalk

15.09. und 04.10.2011

Erwerbslose solidarisieren und organisieren sich in der Wartezone, singen Protestlieder, schenken Kaffee aus, diskutieren. Irritation im Jobcenter und bei der Polizei.

Kann es sein, dass es unter den sieben Jobcenter-Standorten in Köln einen innerbetrieblichen Wettbewerb gibt, wer am häufigsten die Polizei ruft? Die Frage erscheint insofern interessant, weil sich selbst die gerufenen Polizisten nicht immer erklären können, weshalb ihre Anwesenheit Not tun sollte.



Am 15. September 2011 betraf es zwei Erwerbslose, die sich gegenseitig als Beistand zu einem Termin begleiteten. Während der üblichen Wartezeit wagten es beide, Druckexemplare des sogenannten Überlebenshandbuchs mit wichtigen Tipps für Erwerbslose an andere Wartende weiterzugeben. Daraufhin erhielten sie Hausverbot. Um sich – ganz im Sinne des Dienstweges – darüber zu beschweren, gingen die Beiden zum Standortleiter und wurden höflich gebeten zu warten. Der Standortleiter rief derweil die Polizei und gelangte über deren Service zu den Adressen der Betroffenen. Eine Anzeige wurde nicht erstattet. Weshalb denn auch? Weshalb wurde die Polizei gerufen?

Am 4. Oktober war es ganz ähnlich. Es waren wieder zwei Erwerbslose, die die anwesenden Security-Mitarbeiter des Jobcenters und interessierte Öffentlichkeit zum Gespräch über den Vorfall vom 15. September einladen wollten. Dazu überbrachten sie eine Stellungnahme der KEAs (Kölner Erwerbslose in Aktion) und kündigten an, in der gut gefüllten Wartezone zu warten.

Als dann etwa 30 Personen im Wartebereich damit begannen, rhythmisch in die Hände zu klatschen und abwechselnd die Strophen eines selbst gedichteten Protestliedes zu singen, konnte auch der Standortleiter das Anliegen der Betroffenen nicht mehr ignorieren. Das Verteilen von Flugblättern und Überlebenshandbüchern und einen improvisierten Kaffee-Ausschank musste er dulden, das Gespräch aber verweigerte er beharrlich. „Sie kennen ja das übliche Prozedere.“, war alles, was er dazu zu sagen hatte und verursachte fragende Blicke.

Als zunächst eine Streifenwagenbesatzung vorbei schaute, schien diese nicht recht zu wissen, wofür sie gerade Gehalt bekommt. Die Situation gab keinerlei Handlungsdruck her. Und wo kein Handlungsdruck ist, muss offenbar einer hergestellt werden. Auf der Suche nach einem Verantwortlichen der vermeintlichen „Aktion“, wiesen die Security-Mitarbeiter willkürlich, aber eher wahllos auf eine Person, für die sich die Polizei näher interessieren sollte. Nicht das System, nicht Hartz IV nicht das Jobcenter Köln-Kalk sind verantwortlich, sondern einzelne „Störenfriede“. Das war der konstruierte Zündstoff, der das solidarische Verhalten der anwesenden Erwerbslosen provozierte und die Polizei zur Forderung nach Verstärkung ermunterte. Offenbar können Wartezone eines Jobcenters per se recht bedrohlich wirken.

Während die Stellung im Jobcenter zwei Stunden lang gehalten werden konnte und mit lebhaften Diskussionen die Zeit verbracht wurde, sammelten sich acht Polizeifahrzeuge. Weder Personalien wurden erfasst, noch gab es überhaupt einen Anlass für ein polizeiliches Eingreifen. Aber acht Polizeifahrzeuge, inklusive drei Mannschaftswagen, neben einer gut befahrenen Straße und Straßenbahnlinie, das spart jede Menge Transparente, um Aussage und Ausdruck der Empörung auf den Punkt zu bringen.

Die „Störung des betrieblichen Ablaufs“, die gern als Argument des Jobcenters bemüht wird, kann sich faktisch nur darauf beziehen, dass Erwerbslose sich gegenseitig über ihre Rechte informieren und sich fortan nicht mehr so einfach über den Tisch ziehen lassen werden. Gut, dann lasst uns den betrieblichen Ablauf 'Hartz IV' stören! Gut, dann müssen Jobcenter Kalk und Polizei vielleicht darüber nachdenken, polizeiliche Kräfte dauerhaft für das Jobcenter Kalk freizustellen. Warum denn nicht? Hartz IV und Repressionen gehen bekanntermaßen einander einher.

Also bleibt es beim „üblichen Prozedere“? Das Jobcenter Köln-Kalk ruft die Polizei, wenn Wartende miteinander Kommunizieren und/oder „Literatur“ austauschen, während es bei einer entsprechend solidarischen Masse zwangsläufig geduldet wird? Gut, das zu wissen. Die Lösung heißt SELBSTOrganisierung und in Köln sind organisierte Erwerbslose gut aufgestellt.

Ein sicher nicht zufällig Anwesender der Linken Erwerbslosen Organisation (L.E.O.) brachte es auf den Punkt als er sagte: „Es gilt noch immer: Wir alle sind Kölner Erwerbslose in Aktion!“

<http://www.die-keas.org/jc-kalk>

Wieder Jobcenter Köln-Kalk, wieder Polizei, wieder Hausverbote

03.11.2011

Erneut kam es am 3. November 2011 zu Unruhen in der Wartezone des Jobcenters Köln-Kalk und zu einem Polizeieinsatz.

Wir erinnern uns, am 15. September 2011 betraf es zwei Erwerbslose, die sich gegenseitig als Beistand zu einem Termin begleiteten. Während der üblichen, drückend langen Wartezeit verteilten die beiden das sogenannte Überlebenshandbuch mit wichtigen Tipps für alle Erwerbslose. Daraufhin erhielten sie Hausverbote für 12 Monate in allen Jobcenter- Standorten der Stadt Köln. Inklusive den manchmal darin vorhandenen kommunalen Einrichtungen, wie Stadtbibliothek oder Meldestelle.

Am darauf folgenden 4. Oktober waren es wiederum zwei Erwerbslose, welche dem Sicherheitsdienst des Jobcenters eine Stellungnahme der KEAs abgaben und darauf Wert legten, die Vorkommnisse als ein „öffentliches Interesse“ auch „öffentlich“ zu diskutieren. Nämlich in der Wartezone des Jobcenters und nicht etwa im Vor- oder Hinterzimmer der Standortleitung.

Als diese Bedingungen von Seiten des Jobcenters verweigert wurden, folgte „*das übliche Prozedere*“ (Zitat: Standortleiter Jobcenter Kalk). Es rückten acht Streifenwagen an, weil solidarische Menschen vor Ort Kaffee ausgeschenkt und Protestlieder gesungen hatten.

Gestern, am 3. November, ging die Auseinandersetzung in eine nächste Runde. Die Wartezone des Jobcenters war voll. Schließlich war Monatsanfang nach einem Feiertag und einem "geschlossenen Mittwoch". Wer eine Wartemarke zog, musste ab 10 Uhr damit rechnen weit über 100 Leute vor sich zu haben. Dementsprechend lang zog sich die Wartezeit.

Diese Zeit sinnvoll zu überbrücken, hatten viele gute Geister literweise Kaffee parat und einem Plausch über die Schikanen des Jobcenters stand nichts mehr im Wege. Auch wurden wieder fleißig Überlebenshandbücher verteilt und dem einen oder anderen Betroffenen aufgezeigt, dass man der Prozedur des Jobcenters nicht hilflos ausgeliefert sein muss.



Die Sicherheitsmitarbeiter wuselten sichtlich nervös hin und her und schienen überfordert mit dem erneuten kostenlosen Kaffee-Basar. Etwa eine Stunde lang. Doch gerade als die letzten Überlebenshandbücher den Besitzer wechselten kündigte das Security-Personal entnervt das *übliche Prozedere* an.

Erneut wurde ein selbst gedichtetes Protestlied gesungen. Diesmal gab es eine Strophe extra nur für die Leiden eines Security-Mitarbeiters. Es folgte eine mit viel Beifall, Solidarität und Verständnis begleitete Rede im Wartebereich. Diese spontane Solidarisierung, wenn nicht mehr zu unterscheiden ist, ob hier Hundert selbstorganisierte „Störenfriede“ oder aber Hundert unzufriedene „Kunden“ einfach mal ihren Unmut kund tun, scheint extrem gefährlich. So gefährlich, dass die Aktion offenbar wiederholt von zwei Polizisten in Zivil begleitet wurde. Anwesende wollen diese vom letzten Einsatz her wiedererkannt haben.



Aber immerhin, waren es Anfang Oktober noch acht Polizeiwagen, reduzierten sie ihre Schlagkraft diesmal um 50 Prozent, auf lediglich vier Autos. Warum auch nicht? Der Vorabend der Revolution wird mit Sicherheit anders aussehen. Die Security-Mitarbeiter hatten denn auch wieder ihre Mühe, den Polizeieinsatz und dafür ausgegebene Steuergelder zu rechtfertigen. Ein einziger Anwesender, der auffiel durch sein buntes Outfit, wurde feige herausgepickt, um ihn mit einem

Hausverbot zu strafen, bevor die (uniformierte) Polizei sich schließlich wieder entfernte. Die Situation und der Unmut unter den Hartz-IV-Betroffenen wurde durch das eine Hausverbot und durch die Polizei kein bisschen verändert. Da „Hausverbote“ aber Anlass und entscheidendes Thema dieser ganz konkreten Auseinandersetzung sind, scheinen wiederholte Aktionen dieser Art vorprogrammiert.

Das Kaffeetrinken, der kommunikative Austausch unter Wartenden und das Lesen mitgebrachter Info-Materialien soll verboten bleiben

Das Jobcenter Köln hat in den Jahren unter Hartz IV so einige Proteste hinter sich. Im Rahmen der sogenannten 'Zahltag!'-Kampagne wurden die Foyers unangemeldet und ungenehmigt mit Bühnen, Küchen, Vorträgen und Filmveranstaltungen bespielt. Nicht immer reagierte das Jobcenter derart rigide und übte sich statt dessen im Deeskalieren und Vermitteln konkreter Anliegen. Nunmehr scheinen die Fronten verhärtet, aber irgendwie auch geklärt. Das geht mit Hartz IV einher und nicht nur in Köln proben empörte Erwerbslose hin und wieder den Aufstand. Der Hausfrieden wird brüchig bleiben.

Fotos: Jochen Lubig

<http://www.die-keas.org/jc-kalk-2>

"Neujahrsempfang" im Jobcenter Köln-Kalk

02.01.2012



„Das übliche Prozedere“, Erwerbslose tauschen sich in der Wartezone des Jobcenters über ihre Situation und ihre Rechte aus, lesen dabei das Überlebenshandbuch, während die Hauswächter die Polizei rufen, fiel am 02. Januar 2012 etwas unüblich aus. Eine spontane Demonstration trug den Protest nach draußen.

Nervös wurde das Sicherheitspersonal erst, als sich die Masse der Wartenden in der Eingangszone subtil zu verdoppeln schien. Am Eingang wurde bereits auf Hausverbote hingewiesen, die es gar nicht gibt. Und als dann noch zunächst eine einzelne Frau zu den Menschen sprach und andere Kaffee ausschenkten, zeigten sich die Security-Mitarbeiter abermals überfordert.

Das erzeugte erneut eine wärmende Solidarität unter den Anwesenden. "Gehen Sie einfach weg," sprach ein Wartender den Sicherheitsdienst an, "denn die Frau spricht mit uns, nicht mit Ihnen." Daraufhin folgte der Rückzug und Betroffene äußerten ihre aktuellen Probleme, nicht wenige von ihnen ohne Geld am Monatsanfang.

Erst in Polizeibegleitung traute sich der Sicherheitsdienst zurück und bemängelte allen Ernstes "das Reden" im Wartebereich. Den Polizeikräften war das, eigenem Bekunden nach, völlig egal. Der Sicherheitsdienst wies Kraft seines Namensschildchens auf zwei Personen und die Polizei setzte zwei Hausverbote durch. Aber nicht ohne Protest. Eine lautstarke Diskussion mit bekennder Solidarisierung machte sich Luft und die (eigentlich nicht vorhandenen) Argumente der Hausrechtsverteidiger waren eher peinlich. Die vom Hausverbot Betroffenen denken über eine juristische Prüfung nach.

Noch mehr Polizei

Sowohl die Rechtslage mit den Hausverboten, als auch die Rechtslage, eine spontane Kundgebung anzumelden, waren bei denen, die es eigentlich wissen sollten, völlig unklar. "Das müssen Sie doch wissen.", warf die Polizei den Ball der aufgebracht Menge zu. "Nein, Sie müssen das wissen!", flog der Ball wieder zurück. Und wenn zwei Polizisten nicht mehr weiter wissen, scheint es nicht schaden zu können, weitere Einsatzkräfte hinzu zu rufen.



Das Angebot einer spontanen Demonstration (Sofort- oder Eilversammlung gem. BVerfG vom 14.05.1985, Az: 1 BvR 233, 341/81) hätte eine "gütliche Einigung" sein können, aber die Polizei verlangte eine Genehmigung des Polizeipräsidenten und eine Entfernung von 50 Metern vom Gebäude. Das schien den Leuten, die sich noch immer im Gebäude aufhielten, keineswegs hinnehmbar.

Und noch mehr Polizei

Es half nichts. Diesmal riefen die Demonstranten selbst nach der Polizei. Jemand musste kommen, der Ahnung hatte und sich als Einsatzleiter vorstellte. Und so wurde eine Versammlung unmittelbar neben dem Eingangsbereich des Jobcenters angemeldet und schließlich genehmigt.



Spontan entfaltete sich ein Pavillon, verteilten sich Transparente und sorgte eine Lautsprecheranlage für Musik und Infos. Die Anlage durfte genutzt werden, weil die Anzahl von Demonstranten und solchen, die sich spontan solidarisierten oder Betroffene gerade bei einem Termin im Haus begleiteten, diffus war. Sprach der Einsatzleiter der Polizei zunächst von über 30 Teilnehmern, wurden vorsorglich mal eben 250 Personen angemeldet. Zuzüglich der aufgefahrenen Polizeiautos, konnte das Jobcenter nach außen gar kein besseres Bild abgeben. Prost Neujahr!

<http://www.die-keas.org/jc-kalk-3>

Jobcenter Köln-Kalk rudert zurück

02.02.2012

Das Interesse am Überlebenshandbuch, dem Kölner Erwerbslosen-Anzeiger und anderen Info-Materialien war riesig. Riesig auch die Probleme der Betroffenen in der Eingangszone des Jobcenters Köln-Kalk, das am Morgen des 2. Februars 2012 wiederholt Besuch bekam. Ca. 20 bis 30 Menschen waren plötzlich, aber nicht unerwartet, einfach drin. Sie eröffneten das Gespräch mit den 100 Wartenden, schenkten Kaffee aus und übten (erfolgreich!) eine gegenseitige Solidarisierung. Anders als in den vergangenen Monaten: **Mit Duldung des Sicherheitsdienstes! Ohne Polizei!**

Was 'n nu los?

Der Sicherheitsdienst, der heute die Wartezone mied, wollte weder nervös, überfordert, noch orientierungslos wirken und berief sich auf eine Weisung der Standortleitung. Dieser Weisung nach gäbe es angeblich überhaupt keine Probleme, sofern nicht etwa Lieder gesungen, beleidigende oder ehrabschneidende Texte formuliert werden und auch nicht anderweitig der „betriebliche Ablauf“ gestört wird. Diese Kulanz gab es nicht immer, denn auch am 15. September letzten Jahres wurden keine Lieder gesungen oder anderweitig gestört, sondern lediglich von nur einer Person das Überlebenshandbuch verteilt. Die Folge war ein Polizeieinsatz sowie ein einjähriges Hausverbot in allen Jobcenterstandorten in Köln.

Das war der Auslöser für eine andauernde, konkrete Auseinandersetzung mit dem Jobcenter in Kalk, dessen Sicherheitsdienst und Standortleitung unbeirrt mit weiteren Hausverboten und sogar Anzeigen



reagierten. Die heutige Aktion, eine von vielen. Die Aktivisten versprechen Beharrlichkeit. Heute hingen die einzelnen Seiten des Über-lebenshandbuchs auch in DIN A3-Format an den Fenstern der Wartezone.

Punktsieg?

Wer es so sehen will, darf es einen Punktsieg nennen. Nachdem das Jobcenter am 2. Januar die „Meute“ (Wie sich die *Meuterer* selber nennen.) wiederholt mit Hilfe der Polizei aus dem Haus werfen ließ, war es plötzlich mit einer nach außen sichtbaren Kundgebung vor der Tür konfrontiert. Die Kundgebung ist spontan vor Ort angemeldet und polizeilich genehmigt worden. Auf diese Außenwirkung wollte das Jobcenter heute vielleicht verzichten. Bei 10 Grad minus, ein feiner Zug!

Und dennoch: Zwar wurde eines der Hausverbote zwischenzeitlich von zwölf Monaten auf sechs reduziert, aber eben nicht aufgehoben. Die Begründungen seitens des Jobcenters wirken bisweilen haarsträubend und nachträglich mit Argumenten gefüttert. Kommt es zu Prozessen, wird man darüber streiten müssen, was womöglich gelogen ist und was nicht.

Auch die Situation Hartz-IV-Betroffener in der Wartezone verändert sich bestenfalls an jenen Tagen, wo solidarische Menschen vor Ort zum Beispiel für die Beratung der KEAs werben oder sie direkt beraten und begleitet werden. Hartz IV bleibt in Kraft, wenn auch nicht ganz unangetastet. So finden in den individuellen Gesprächen unter den Betroffenen in der Wartezone neben zahlreichen Paragrafen der Sozialgesetzgebung immer wieder auch die Begriffe 'Solidarisierung' und 'Selbstorganisation' Erwähnung.

Der Kampf wird weitergehen! Im Jobcenter Köln-Kalk und anderswo!

... und auch über das vermeintliche "Singverbot" wird man - wie über jedes andere Verbot auch - streiten dürfen/müssen.

Foto: Jochen Lubig

Nachfolgend eine sogenannte „Klarstellung“, die den Hergang der bisherigen Auseinandersetzung versucht zusammenzufassen. Der Text wurde den Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes und über diesen Weg dem Standortleiter übergeben und an interessierte Öffentlichkeit verteilt.

Klarstellung!

Am 15. September, am 4. Oktober und am 3. November 2011 sowie am 2. Januar 2012 sorgten unterschiedlich große Polizeiaufgebote vor und im Jobcenter Köln-Kalk für Aufmerksamkeit. In der Wartezone kam es zu lautstarken Diskussionen, immer wieder werden Hausverbote ausgesprochen, Anfang Januar demonstrierten über 30 Menschen spontan vor dem Gebäude. Das Jobcenter Köln-Kalk sieht in den „Unruhen“ einen Zusammenhang mit dem Engagement der KEAs (Kölner Erwerbslose in Aktion). Die KEAs bieten in Köln-Kalk wöchentlich eine Hartz-IV-Beratung an. KEAs organisieren sich selbst und wehren sich solidarisch gegen die Schikanen des Jobcenters. Dass das Jobcenter Köln-Kalk offenbar einen erhöhten Bedarf an Polizeischutz benötigt, läge an der zufälligen Konstellation, dass Die KEAs Kalker sind. So jedenfalls die Konstruktion der Standortleitung gegenüber der Polizei.

WIDERSPRUCH

Wir sind heute hier, um der Darstellung des Jobcenters Köln-Kalk zu widersprechen. Hier wird bewusst verleugnet, dass es eine ganz konkrete Auseinandersetzung mit diesem Jobcenter gibt. Mit seinem Sicherheitsdienst, mit seinem Standortleiter, mit der repressiven Art, Hartz IV umzusetzen und Betroffene mit Hausverboten und Polizeieinsätzen einzuschüchtern.

Was war geschehen?

Am 15. September vergangenen Jahres begleiteten sich zwei KEAs gegenseitig zu einem Termin. KEAs wissen, dass es mitunter gefährlich werden kann, das Jobcenter ohne Begleitung zu betreten. KEAs kommen niemals allein! Während der langen Wartezeit verteilte eine dieser Personen das sogenannte Überlebenshandbuch der KEAs, mit wichtigen Informationen zu Hartz IV. Daraufhin war der Sicherheitsdienst der Meinung, dies würde den betrieblichen Ablauf stören und verhängte Hausverbote. Ob ein Sicherheitsmitarbeiter, der zwar vom Jobcenter bezahlt, aber einer externen Firma angehört, so einfach und ohne wirklich triftigem Grund ein „Hausverbot“ aussprechen darf (Eine Störung des betrieblichen Ablaufs fand nicht statt!), wollten die Betroffenen beim Standortleiter hinterfragen. Sie wurden gebeten zu warten und nach geraumer Zeit, plötzlich und unerwartet mit der Polizei konfrontiert.

Für das Verteilen von Info-Material erhielten die Personen vom Jobcenter Köln ein einjähriges Hausverbot in allen acht Jobcenter-Standorten in Köln, inklusive kommunaler Einrichtungen, wie Bibliothek, Meldestelle und Bezirksrathaus, wenn diese sich im gleichen Haus befinden.

Wir kämpfen!

Auch wenn KEAs nicht den juristischen Anspruch erheben, eine Gewerkschaft für Erwerbslose zu sein, so ist ein Teil des Engagements der KEAs dem Grunde nach einem gewerkschaftlichen Engagement ähnlich oder diesem gleichzusetzen. Jeder Jobcenter-Mitarbeiter, jeder Sicherheitsdienstleister, jeder Polizist darf am Ort seiner Arbeit Info-Material seiner Gewerkschaft lesen. Solange das Jobcenter uns mit Terminen, Trainingsmaßnahmen und finanziellen Sanktionen beschäftigt, ist hier der Ort unserer Beschäftigung, ist hier der Ort unserer Auseinandersetzung und gleichzusetzen mit den Arbeitskämpfen anderer Gewerkschaften. Wenn arbeitende Menschen ihren Betrieb bestreiken, weil sie sich ungerecht behandelt fühlen, müssten wir das Jobcenter bestreiken.

Zudem ist das Jobcenter der Ort, wo Gleichbetroffene sich treffen und dem Grunde nach für ihre Gewerkschaft erreichbar und ansprechbar sind. Die langen Wartezeiten bieten enorme Möglichkeiten, miteinander zu reden oder diverse Info-Materialien zu verteilen und zu lesen. Was ist daran so störend, dass es ein Hausverbot rechtfertigen würde?

Das Jobcenter Köln-Kalk

Über 1.000 Mal pro Jahr werden die KEAs um Beratung gebeten, mehrere Hundert Mal um Begleitung zum Amt. Wenn ein Beistand der KEAs von einem Hausverbot betroffen ist, dann trifft es auch diejenigen, die von diesem Beistand hätten begleitet werden können und somit uns alle. Möglicherweise liegt hier die Motivation des Standortleiters im Jobcenter Kalk.

Während der Aktionen der letzten Monate – wo sich immer wieder wartende Erwerbslose solidarisierten – gab es genügend Möglichkeiten für den Standortleiter, sich der Diskussion zu stellen. Stattdessen lässt er das Sicherheitspersonal mit der Auseinandersetzung alleine und ruft die Polizei. Das ist nicht überall so in Köln. Das ist ein Problem im Jobcenter Köln-Kalk. Hier verschließt sich der Standortleiter im Büro und will dort einen Konflikt aussitzen, den er dem Sicherheitspersonal und der Polizei stellvertretend überlässt. Das ist beschämend und unvernünftig, aber bezeichnend für das Jobcenter Köln-Kalk.

Diese Repression provoziert unsere Solidarität und unseren gemeinsamen Widerstand.

Wir alle sind KEAs! – Wir sind Kölner, wir sind Erwerbslose (oder von Erwerbslosigkeit bedroht), wir sind in Aktion.

<http://www.die-keas.org/jc-kalk-4>

Solidarisierung im Jobcenter Köln-Porz

02.04.2012

Sie kommen nicht etwa im Pulk oder melden sich beim Standortleiter oder dem Sicherheitsdienst an. Sie ziehen auch keine Wartemarke. Aber plötzlich sind sie dann eben da. Im Wartebereich, auf den Etagen, in den Aufzügen, überall. Ca. 20 bis 30 Menschen übten sich heute im Jobcenter Köln-Porz (Finkenberg) solidarisch, verteilten das Überlebenshandbuch und Kaffee und verhalfen dem einen oder der anderen auch zu Bargeld.



Was im Jobcenter Köln-Kalk mühsam erkämpft werden musste, verlief am 2. April 2012 in Porz völlig problemlos. Womöglich lag es am besonnenen Verhalten von Standortleitung und Sicherheitsdienst, die jede Eskalation vermeiden wollten. Weder gab es Hausverbote, noch wurde die Polizei gerufen.

“Solange es friedlich bleibt“

Das Jobcenter sieht es freilich nicht gerne. „Aber solange es friedlich bleibt“, ist dabei ein gern und oft bemühtes Argument. Dabei wird die Tatsache ausgeblendet, dass genau genommen kein Tag an einem Jobcenter friedlich vergeht. Jeden Tag stehen ungezählte Betroffene (auch Familien mit Kindern) ohne oder mit zu wenig Geld da. Jeden Tag werden ungezählte Betroffene finanziell sanktioniert. Jeden Tag „verkauft“ das Jobcenter sogenannte Trainingsmaßnahmen, 1- oder 0-Euro-Jobs, über deren Notwendig- und Tauglichkeit gestritten werden darf. Manche empfinden sie zu Recht als bloße Schikane. Man darf von existenzieller Bedrohung sprechen, auch von Todesfällen, die mit Hartz IV einhergehen. Mit Verlaub, da ist der *soziale Frieden* lange gekündigt. Und zwar seitens des Jobcenters!

Hartz IV muss weg!

Und so wollen Aktionen dieser Art natürlich zunächst einmal eine Ahnung von Solidarisierung und ganz praktische Angebote, wie z.B. die KEA-Beratung, vermitteln. Aber natürlich bleibt es nicht aus, auch ganz konkrete Missstände zu erfassen und diese wiederum in den Kontext zu Hartz IV zu stellen. „Hartz IV muss weg!“, ist denn auch die unbescheidene, aber entschlossene Ansage der selbstorganisierten Aktivisten. Bis dahin ist es gut und richtig, Präsenz und eine Form von Widerstand zu zeigen.

<http://www.die-keas.org/jc-porz>